

Informationsblatt gemäß Artikel 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung personenbezogener Daten werden Ihnen auf der Grundlage des Art. 13 oder 14 der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) nachfolgende Informationen mitgeteilt bzw. zur Verfügung gestellt.

Sollten Sie ein (weiteres) Exemplar dieses Informationsblattes in schriftlicher Form benötigen, können Sie es jederzeit bei der fachlich zuständigen Organisationseinheit oder dem behördlichen Datenschutzbeauftragten anfordern.

Datenverarbeiter, Verantwortlicher	
Name des Verantwortlichen und Hinweis auf die fachlich zuständige Organisationseinheit innerhalb der Stadtverwaltung Herne	Der Oberbürgermeister der Stadt Herne Fachbereich Kinder-Jugend-Familie Abteilung 42/5 Familien- und Schulberatungsstelle Team: Schulberatung Wilhelmstr. 88 44649 Herne, Telefon: 02323/16-3640 Telefax: 02323/16-1233 9231 E-Mail: schulberatung@herne.de
Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten	Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Stadtverwaltung Herne Technisches Rathaus, Raum A.E24, Langekampstr. 36, 44652 Herne Telefon 02323/16-2383, Telefax 02323/16-12332383 E-Mail: datenschutz@herne.de
Verarbeitungsrahmen	
Was sind personenbezogene Daten?	Personenbezogene Daten sind gemäß Art. 4 Nr. 1 DS-GVO alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Die personenbezogenen Daten werden gemäß § 67 (Sozialgesetzbuch) SGB X auch Sozialdaten genannt.
Kategorien personenbezogener Daten	Folgende Datenkategorien werden von der Schulberatungsstelle erhoben und verarbeitet: <u>Stammdaten inkl. Kontaktdaten:</u> Daten des Hilfeempfängers (junger Mensch/bzw. junger Volljähriger bis zum 27 Lj.) wie z. B. Name, Vorname, Geburtsdatum,-ort, Geschlecht/ Familienstand, Staatsangehörigkeit, Personensorgeberechtigte(r), Wohnort, Adresse, Schule/Klasse/Ausbildung, schulischer Ansprechpartner. Daten der Kindeseltern (bei Minderjährigen) wie z. B. Name, Vorname, Geburtsdatum, gesetzliche Betreuung, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Beruf, Anschrift, Telefon-Nummer. Außerdem sind schriftliche Unterlagen zum Beratungsgrund, Testergebnisse oder Berichte für die Beratung von großem Nutzen.
Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen	Bei der Inanspruchnahme von Leistungen der Schulberatungsstelle werden personenbezogene Daten erhoben um die Beratung zu dokumentieren und für zukünftige Besuche verfügbar zu halten. Die Inanspruchnahme der Leistung der Schulberatungsstelle ist freiwillig. Sie kann anonym erfolgen. Es besteht keine Verpflichtung zur Angabe von personenbezogenen Daten. Trotz der Möglichkeit sich ohne personenbezogene Daten beraten zu lassen, sind schriftliche Unterlagen, Testergebnisse oder Berichte für die Beratung von großem Nutzen.
Wesentliche Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten	Die personenbezogenen Daten werden auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit a) DS-GVO erhoben. Insoweit sie im Rahmen der Jugendhilfe nach dem SGB VIII erhoben werden, erfolgt dies auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. c) und e) DS-GVO i.V.m. den §§ 61 bis 65 SGB VIII und den anzuwendenden Vorschriften des SGB X.

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich oder rechtlich vorgeschrieben	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>
Die betroffene Person ist verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Folgen der Nichtbereitstellung: Aufgrund einer anonymisierten Beratung können eventuell bestimmte Beratungsleistungen nur eingeschränkt erbracht werden.
Quelle der personenbezogenen Daten	Personenbezogene Daten werden von den Personensorgeberechtigten bzw. den Hilfeempfängern direkt eingeholt. Die Einholung von Informationen durch Dritte und die Weitergabe von Informationen an Dritte bedarf einer Schweigepflichtentbindung durch die Personensorgeberechtigten oder den jungen Volljährigen.
Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten	Um unsere Beratungsprozesse einer ständigen Reflexion zu unterziehen, werden Fälle im multiprofessionellen Team mit anderen Mitarbeiter*innen besprochen. Ansonsten bedarf die Weitergabe der personenbezogenen Daten einer Entbindung von der Schweigepflicht. Im Rahmen des Kinderschutzes sind Mitarbeiter*innen nach §8a SGB VIII verpflichtet, ein bekannt gewordenes Gefährdungsrisiko in Zusammenarbeit mit mehreren Fachkräften einzuschätzen und ggf. nach in Kenntnis setzen der Personensorgeberechtigten dem Allgemeinen Sozialen Dienst zu melden.
Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer	Für eine spätere Nachfrage oder einer erneuten Anmeldung werden die Unterlagen 3 Jahre aufbewahrt. Sie unterliegen weiterhin der Schweigepflicht. Auf Ihren Wunsch hin können die Unterlagen auch sofort nach Beendigung der Beratung vernichtet werden.
Besteht eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO?	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>
Weitergabe und Auslandsbezug	
Besteht die Absicht, die personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln?	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>
Betroffenenrechte	
<p>Nach Art. 12 bis 22 DSGVO stehen Ihnen u.a. folgende Rechte zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person verarbeiteten personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO), - Recht auf die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), - Recht auf Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO) oder auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) sowie - ein Widerspruchsrecht gegen die Datenverarbeitung (Art. 21 DSGVO), <p>wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind.</p> <p>Zudem haben Sie das Recht, eine Einwilligung im Sinne von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.</p> <p>Wenn Sie diese Betroffenenrechte wahrnehmen möchten, können Sie sich jederzeit an die o.g. fachlich zuständige Organisationseinheit oder den ebenfalls o.g. behördlichen Datenschutzbeauftragten der Stadtverwaltung Herne (Tel. 02323/16-2383 bzw. datenschutz@herne.de) wenden, der zu besonderer Verschwiegenheit verpflichtet ist.</p> <p>Außerdem hat jede betroffene Person das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Zuständige Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung bei der Stadt Herne ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf, Telefon 0211 / 38424-0, Telefax 0211 / 38424-10, E-Mail poststelle@ldi.nrw.de, Internet www.ldi.nrw.de.</p>	